



Der Tsunami als Friedensbringer?

Das Hoffen auf ein Ende des Bürgerkriegs in Aceh/Indonesien dauert an

Von Christoph Schuck

Als am 26. Dezember 2004 eine der schlimmsten Katastrophen seit Menschengedenken über große Teile Südostasiens hereinbrach, war die Kenntnis über den seit Jahrzehnten tobenden Bürgerkrieg in Aceh zumindest außerhalb Indonesiens begrenzt. Dass sich dies in den folgenden Monaten auch aufgrund der Präsenz ausländischer Hilfskräfte vor Ort zu ändern schien, mag bei aller Tragik den wohl einzigen positiven Aspekt des Tsunamis darstellen. Durch die Internationalisierung der Bürgerkriegsregion, so hofften die Überlebenden, sei eine Chance gegeben, endlich einen nachhaltigen Friedensschluss zwischen der indonesischen Regierung und der Rebellenbewegung GAM (Gerakan Aceh Merdeka, Bewegung für ein unabhängiges Aceh) zu erzielen.



Fotos: Ingo Wandelt

Von indonesischer Seite war eine solche Internationalisierung lange Zeit eindeutig unerwünscht. Selbst nach 1998, als das autoritäre System Suhartos, die so genannte „Neue Ordnung“, gestürzt war und der Demokratisierungsprozess einsetzte, versuchten alle Präsidenten – mit Ausnahme Abdurrahman Wahids, der zumindest auf das Vermittlungsangebot des Schweizer *Henri-Dunant-Zentrums* zurückgriff – diese Tendenz fortzusetzen. Unter der vorherigen Präsidentin Megawati wurde für die Provinz Aceh im Mai 2003 sogar das Kriegsrecht verhängt, welches ausländischen Beobachtern und Hilfsorganisationen gleichermaßen den Zutritt in die Region verwehrte. So sollte nicht nur internationale Kritik am vielfach brutalen Vorgehen des indonesischen Militärs verhindert werden, auch wollte die indonesische Seite um jeden Preis vermeiden, dass sich die Ereignisse des Osttimor-Konfliktes in Aceh wiederholten: eine Invasion internationaler Schutztruppen, die letztlich dazu beitrug, dass sich der Osten Timors 1999 von Indonesien abspaltete. Die systematische Isolation Acehs ging mit Erklärungen einher, die dort angeordneten Militäraktionen seien als indonesischer Beitrag zum Kampf gegen den global operierenden islamisch-fundamentalistischen Terrorismus zu werten; schließlich stehe die Rebellenbewegung GAM fundamentalistischen Varianten des Islam nahe.

Gründe für den Bürgerkrieg

Identitätsfragen müssen als zentrale Ursache für den Bürgerkrieg in Aceh gewertet werden. Die indone-

sische Identität basiert dabei auf dem Grundsatz „*bhinneka tunggal ika*“ (Einheit in der Vielfalt). Das bedeutet, dass – so unterschiedlich ethnische Wurzeln, Religionsinterpretationen und Sprachen der verschiedenen Bevölkerungsteile auch sein mögen – alle Gruppen in einem indonesischen Staat zusammengefasst werden sollen. Sezessionsbewegungen werden als Bedrohung der im indonesischen Kontext elementar wichtigen „*kesatuan Indonesia*“ (Einheit Indonesiens) angesehen und daher bekämpft. Dass sich Osttimor 1999 abspalten konnte, ja dass ausländische Truppen intervenierten, um indonesische Paramilitärs in die Schranken zu verweisen, konnte wahrscheinlich nur aufgrund des machtpolitischen Vakuums geschehen, das nach dem Sturz Suhartos eintrat und auch während der schwachen Präsidentschaft Habibies Bestand hatte. Die indonesische Seite scheint bestrebt, im Hinblick auf Aceh einen solchen „tragischen Betriebsunfall“ nicht zu wiederholen.

Die Identität vieler Acehnesen muss als stark divergierend gewertet werden, was hauptsächlich geschichtliche und religionsbezogene Gründe hat. Das Empfinden einiger Acehnesen, man gehöre nicht zu Indonesien, sondern müsse einen eigenen Staat ausrufen, liegt nicht nur in der Tatsache begründet, dass die auf dem indonesischen Territorium operierenden europäischen Kolonialmächte im 19. Jahrhundert Aceh zusicherten, man sehe es – anders als die übrigen Gebiete – als unabhängigen Staat. Sondern es basiert auch auf dem Sachverhalt, dass die indonesische Regierung nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1945 die Provinz Aceh ohne weitere Rücksichtnahme in



Christoph Schuck, Jahrgang 1976, ist Forschungsstipendiat der deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und leitet die Indonesia Research Unit (IRU) am Institut für Politikwissenschaft, Professur für Internationale Beziehungen und Außenpolitik, der Justus-Liebig-Universität Gießen.

den jungen – und zudem tendenziell säkularen – Staat eingliederte. Das von Suharto in den 1970-er Jahren forcierte *Transmigrasi*-Programm, das eine systematische Ansiedlung von Javanern in weiten Teilen Indonesiens, so auch in Aceh, vorsah, verstärkte den Abgrenzungswunsch der in den entlegenen Regionen lebenden Menschen zusätzlich. Die Umsiedler wurden dabei gleichermaßen als unerwünschte Konkurrenten für die lokalen Bauern und Mittelsmänner der indonesischen Regierung angesehen.

Darüber hinaus prägen erhebliche Divergenzen bei der Interpretation der islamischen Lehre das Abgrenzungsgefühl gegenüber dem indonesischen Staat. So spielte der Islam in Aceh im Vergleich zu weiten – wenn auch nicht allen – Teilen des restlichen Indonesiens seit Jahrhunderten eine größere und spürbar einflussreichere Rolle. Aceh kam wesentlich früher in Kontakt mit muslimischen Händlern des Mittleren Ostens (ca. 700 n.Chr.), und im Anschluss konnten sich dort z.T. mächtige islamische Sultane etablieren. Auch heute wird

Zur „Indonesia Research Unit“

Die Indonesia Research Unit (IRU) wurde Ende 2004 an der Professur für Internationale Beziehungen und Außenpolitik am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen eingerichtet und wird seitdem von dem DFG-Forschungsstipendiaten Dr. Christoph Schuck geleitet. Zur Zeit arbeiten 18 Wissenschaftler aus Europa und Indonesien, darunter ein Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und ein vom KAAD unterstützter Doktorand unter Zugrundelegung eines bewusst interdisziplinär ausgerichteten Ansatzes zu relevanten Themen mit Bezug auf Indonesien. Weitere Informationen zur IRU und Indonesien unter www.indonesia-research-unit.com.

der in seiner Tendenz säkulare Ansatz des indonesischen Staates, dem nicht das islamische Rechtsverständnis (Syariah) zugrundeliegt, von vielen Acehnesen abgelehnt.

Der zweite wichtige Konfliktpunkt basiert auf ökonomischen Komponenten. Als die indonesische Wirtschaft ab den 1970-er Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung vollzog, baute dieser nicht unwesentlich auf dem Ressourcenreichtum (insbesondere

Erdöl und Erdgas) Acehs auf. Die Tatsache, dass die Acehnesen selbst jedoch kaum von dieser Entwicklung profitierten, – Schätzungen gehen davon aus, dass die Regierung in Jakarta z.T. weniger als 5% des aus acehnischen Rohstoffen erwirtschafteten Gewinns in die Region zurücktransferierten – schürte den Hass vieler Acehnesen auf das übrige Indonesien und stärkte den Wunsch nach Abspaltung. Es mag so auch kein Zufall sein, dass im Jahre 1976 die Rebellenbewegung, die sich später GAM nannte, gegründet wurde. Auch seit Beginn des Demokratisierungsprozesses vor rund sieben Jahren wurde diese wirtschaftliche Diskrepanz nicht annähernd überwunden.

Drei Sachverhalte haben bisher einen dauerhaften Frieden in der Region verhindert: Mangelnde Kompromissbereitschaft der beteiligten Akteure, Interessen, die mit der Aufrechterhaltung des Konfliktes einhergehen und die hohe Eigenständigkeit der im Krisengebiet operierenden Truppen.

Friedensinitiativen und Vereinbarungen

Seit Beginn des indonesischen Transformationsprozesses gab es im Wesentlichen zwei größere Friedensinitiativen für Aceh, die mit Vereinbarungen zwischen den Konfliktakteuren abgeschlossen wurden. Das „Joint Understanding on a Humanitarian Pause for Aceh“, ei-



Kinder versuchen, die schockierenden Erlebnisse zu verarbeiten und malen ihre Erinnerungen. Das Bild dieses Kindes zeigt, dass die Katastrophe die Menschen wohl für immer begleiten wird.



Der Tsunami hatte eine derartige Wucht, dass auch noch Kilometer von der Küste entfernt Stahlbetonsäulen verbogen wurden.

ne Vereinbarung, die im Juni 2000 in Kraft trat, trug zwar zunächst zu einer Entspannung des Konfliktes bei, wurde jedoch bereits einige Zeit später durch eine erneute Militarisierung der Ereignisse wertlos.

Das gut zwei Jahre darauf verabschiedete "Cessation of Hostilities Agreement", dem die GAM erst kurz vor Ablauf eines Ultimatums widerwillig zustimmte, führte ebenso wenig zu einer längerfristigen Entspannung des Konfliktes. Bereits im Mai 2003, fünf Monate nach Abschluss, erreichte der Bürgerkrieg sogar eine neue Eskalationsstufe, als die indonesische Regierung unter Megawati – auch aufgrund des Drucks von Seiten des Militärs – das Kriegsrecht über Aceh verhängte. Die Befehlsgewalt für die Provinz lag fortan bei den Streitkräften, die auch dafür Sorge trugen, dass Journalisten, Wissenschaftler und Hilfsorganisationen die Region verlassen mussten und

nicht mehr bereisen durften.

Obwohl in ihren Ansätzen z.T. durchaus vielversprechend, beinhalteten beide Vereinbarungen eine Reihe von Schwächen. So wurde beispielsweise der zentrale Punkt einer effizienten Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheit – insbesondere im Hinblick auf das indonesische Militär – vernachlässigt, was nachhaltige Versöhnungsversuche, die Basis für einen dauerhaften Frieden, bereits im Ansatz diskreditierte. Große Teile von GAM schienen sich darüber hinaus mit dem zugesicherten Autonomiestatus für Aceh, der ja einen Verbleib der Region in Indonesien bedeutete, nicht zufrieden zu geben. Für die indonesische Seite wiederum war unvorstellbar, dass GAM nach Beendigung des Konfliktes eine politische Rolle ausüben könnte – es wurde auf der vollständigen Entwaffnung und Auflösung der Gruppe bestanden.

Die mangelnde Kompromissbereitschaft beider beteiligter Akteure zeigte sich so bis in die Gegenwart für ein Andauern des Konfliktes mitverantwortlich.

Als eine der größten Befriedigungshemmnisse erweisen sich jedoch zahlreiche konkrete Interessenverflechtungen von Akteuren beider Seiten, die mit einer Aufrechterhaltung der Feindseligkeiten einhergehen. Das indonesische Militär (*Ten-*

JUSTUS-LIEBIG-
UNIVERSITÄT
GIESSEN

Dr. Christoph Schuck

Indonesia Research Unit (IRU)
Institut für Politikwissenschaft
Karl-Glöckner-Straße 21, Haus E
35394 Gießen
Tel.: 0641/99-23130
E-Mail: christoph.schuck@sowi.uni-giessen.de



Nach Schätzungen kamen 200.000 Menschen am 26. Dezember 2004 allein in Aceh durch den Tsunami ums Leben.

tara Nasional Indonesia oder TNI) profitiert in mehrer Hinsicht von dem Konflikt:

- Erstens müssen finanzielle Aspekte Erwähnung finden. In Fachkreisen besteht mittlerweile Einigkeit über die ausgedehnte Existenz von Schutzgelderpressung, illegalen Holzfällaktivitäten, Waffenhandel und z.T. sogar Drogenanbau mit Involvierung von TNI. Der Bürgerkrieg gewährt dafür – auch aufgrund der kaum möglichen Berichterstattung und der damit verbundenen Intransparenz – ideale Rahmenbedingungen. So sehen sich auch die in der Region ansässigen ausländischen Unternehmen aufgrund der Unruhen und der Instabilität der politischen Situation mitunter gezwungen, hohe Summen für ihre Sicherheit bereitzustellen – eine Sicherheit, die TNI gegen Bezahlung bereit ist zu garantieren.

- Zweitens trägt nach Auffassung von TNI der Aceh-Konflikt dazu bei, der indonesischen Bevölkerung und der politischen Elite auch wäh-

rend des Demokratisierungsprozesses zu verdeutlichen, dass ohne ein mächtiges und aktives Militär die Einheit des Landes in größter Gefahr sei. Kontinuierliche Unruhen gelten so als Existenzberechtigung für ein starkes Militär. Diese Argumentation wird durch spürbares Misstrauen großer Bevölkerungsteile gegenüber der politischen Elite des Landes begünstigt. Interessant ist, dass Ähnliches auch für GAM gilt, die im Falle eines stabilen Friedens um ihre Existenzberechtigung bangt.

- Der dritte wichtige Punkt, weshalb Waffenstillstandsabkommen immer nur kurze Zeit Bestand hatten, liegt in offensichtlich schlecht funktionierenden Kommandostrukturen begründet. Hierbei wurden auf der einen Seite Befehle von der politischen Führung Indonesiens von lokalen Kommandeuren wiederholt ignoriert, was politische Vereinbarungen schnell ad absurdum führte. Auf der anderen Seite ist ein Machtkampf in der mi-

litärischen Elite des Landes zu beobachten, der das Erkennen klarer und unmissverständlicher Befehle an die in Aceh stationierten Truppen oft schwierig macht. Auch GAM scheint übrigens von dieser Problematik nicht ganz verschont zu sein. Die politische Führung um „Premier“ Malik Machmood und „Außenminister“ Zaini Abdullah befindet sich seit Jahren im schwedischen Exil. Es darf bezweifelt werden, dass auch hier die Kommunikation zwischen politischer Führung und lokalen Kommandeuren reibungslos funktioniert.

Neue Friedensinitiative nach der Tsunami-Katastrophe

Bei allem Schrecken trug die Tsunami-Katastrophe entscheidend dazu bei, dass bereits im Januar 2005 eine neue Friedensinitiative für Aceh gestartet wurde. Ein berechtigter Optimismus scheint mittlerweile angebracht zu sein, dass der jahrzehntelang andauernde Bürgerkrieg nun wirklich beendet werden kann.

Nach insgesamt fünf Verhandlungsrunden – die letzte ging am 17. Juli 2005 zu Ende – wurde unter Vermittlung der Crisis Management Initiative (CMI), die vom diplomatisch erfahrenen ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari geleitet wurden, versucht, die Konfliktparteien zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes zu bewegen. Von vielen Beobachtern zunächst kaum für möglich gehalten, unterzeichneten die Konfliktparteien am 15. August 2005 in Helsinki ein Memorandum of Understanding, das die vertragliche Grundlage für einen Frieden in Aceh darstellen soll.

Positiv kann zunächst bewertet werden, dass in Helsinki Vertreter der indonesischen Regierung und von Aceh direkt miteinander verhandelten. So waren beispielsweise mit Hamid Awaluddin und Sofyan Djalil zwei Minister des indonesischen Kabinetts anwesend und konnten mit Malik Mahmud, Zaini Abdullah und anderen Vertretern Acehs Lösungsstrategien diskutieren. Ebenfalls optimistisch stimmt der Sachverhalt, dass über vier ab-

solute Grundvoraussetzungen für einen nachhaltigen Frieden in der Region, nach z.T. schwierigen Verhandlungen, ein Konsens erzielt wurde, dass nämlich erstens zugunsten einer weitreichenden Autonomie eine vollständige Unabhängigkeit Acehs ausgeschlossen wurde (Aceh wird also definitiv Teil Indonesiens bleiben), dass zweitens den Mitgliedern der GAM eine Amnestie eingeräumt wurde, dass die

GAM drittens die Möglichkeit erhalten wird, sich zukünftig regionalpolitisch zu engagieren und dass viertens ein hoher Anteil (70 Prozent) der in Aceh erwirtschafteten Gewinne aus der lokalen Öl- und Gasförderung auch in der Provinz verbleibt.

Darüber hinaus scheinen einige Lehren aus dem Scheitern vergangener Abkommen gezogen worden zu sein: Die EU und ASEAN wur-

den gebeten, den Friedensabschluss vor Ort durch unabhängige Monitor-Teams zu überwachen. Ein solcher Schritt ist im Sinne einer Nachhaltigkeit des Friedensabschlusses von entscheidender Bedeutung, da die vergangenen Jahre auf erschreckende Weise gezeigt haben, dass ohne eine neutrale ausländische Präsenz Waffenstillstandsabkommen keine realistische Chance auf Erfolg haben. •

